

Außenansicht

Besser jetzt als damals

Am Montag beginnen wieder Atom-Verhandlungen mit Iran - die Aussichten sind besser als vor einem Jahr

Von Volker Perthes

Iran und die sechs Mächte - die fünf ständigen Mitglieder des Weltsicherheitsrats und Deutschland - wollen am Montag ihre Gespräche wieder aufnehmen. Im Zentrum wird das iranische Atomprogramm stehen, beide Seiten sind aber bereit, auch andere Themen zu beraten. Vor einem Jahr hatte man sich auf ein Teilabkommen geeinigt, demzufolge in Iran niedrig angereichertes Uran in Russland und Frankreich zu höher angereicherten Brennstäben für den Teheraner Forschungsreaktor weiterverarbeitet werden sollte. Das Abkommen scheiterte später an der iranischen Innenpolitik; Präsident Mahmud Ahmadinedschad konnte sich nicht gegen seine Gegner durchsetzen.

Heute, so hört man dieser Tage in Teheran, wäre dies anders. Tatsächlich hat sich inzwischen in Iran einiges geändert. Ahmadinedschad, der nach seiner umstrittenen Wiederwahl 2009 geschwächt war, konnte seine innenpolitische Situation konsolidieren. Das Regime ist weiterhin besorgt, dass eine vom Ausland unterstützte Opposition versuchen könnte, eine 'samtene Revolution' auf den Weg zu bringen. Man sieht sich aber fest genug im Sattel, um einem Teil der Opposition 'Versöhnung' anzubieten. Bei den konservativen wie auch bei den eher reformorientierten Gegnern Ahmadinedschads, die das System als solches erhalten wollen, aber auch im Lager des Präsidenten selbst, spricht man bereits von der Zeit nach Ahmadinedschad und diskutiert Kandidaten - allerdings für die Präsidentschaftswahlen 2013. Bis dahin hat der Präsident ein Mandat, wie kritisch seine Politik auch immer gesehen wird. Viele von denen, die nach den Wahlen 2009 auf die Straße gingen, sind desillusioniert. Sie machen aus der Ablehnung des Regimes keinen Hehl, sehen aber, dass dessen Herausforderung durch Massenproteste gescheitert ist. So ziehen sich viele ins Private zurück: in die Bildung, Ausbildung und Kultur, andere ins Geschäftliche. Viele bemühen sich um Visa für einen mehr oder weniger dauerhaften Auslandsaufenthalt.

Die vom Weltsicherheitsrat beschlossenen Sanktionen haben eine zwiespältige Wirkung: Sie schwächen das Land, nicht aber, soweit sich das beurteilen lässt, den Präsidenten. Der Rückzug europäischer Firmen behindert Investitionsprojekte, zwingt iranische Unternehmen, nach Alternativen zu suchen, die man weniger schätzt - vor allem in China und Russland. Die Preise steigen; die Cash-Ökonomie weitet sich aus, was dubiose Händler auf den Plan ruft. Die Regierung gibt zu, dass die Sanktionen schmerzen, verweist aber auf hohe Devisenreserven und die Kreativität der Iraner. Ahmadinedschad nutzt die Sanktionen auch, um den ebenfalls unangenehmen, wirtschaftspolitisch aber sinnvollen Abbau von Subventionen auf Strom, Benzin oder Brot voranzutreiben. Das hat weitere inflationäre Wirkungen, die sich aber zum Teil auf die Sanktionen schieben lassen.

Gleichzeitig haben die Sanktionen und die Tatsache, dass alle ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats, auch China, den Sanktionsbeschluss mitgetragen und die Europäer (aber auch Südkorea oder Japan) diese noch verschärft haben, Spuren hinterlassen. Wenn die Sanktionen tatsächlich dazu dienen sollen, Iran zurück an den Verhandlungstisch zu bringen, haben sie Wirkung gezeigt: Ahmadinedschad, der ein starkes Interesse daran hat, mit dem Westen, insbesondere mit den USA, ins Geschäft zu kommen, hat heute jedenfalls weniger

innenpolitischen Widerstand zu befürchten als noch vor einem Jahr. Die iranische Führungsschicht ist weiter gespalten, was den Ausgleich mit den USA angeht, will aber nicht weiter isoliert werden. Eine erneute Vereinbarung über die Verbringung von iranischem niedrig angereicherten Uran ins Ausland dürfte dieses Mal umsetzbar sein.

Es ist wichtig, dass sowohl von iranischer Seite als auch seitens der internationalen Gemeinschaft klargestellt worden ist, dass der Atomkonflikt zwar den zentralen Dissens darstellt, aber auch andere Probleme besprochen werden müssen: Iran ist über die Entwicklungen in Afghanistan und Pakistan ebenso beunruhigt wie die Europäer, wenngleich aus anderen Gründen. So sieht man in Teheran Verhandlungen mit den Taliban mit größter Skepsis. Die USA und die Europäer haben hingegen deutlich gemacht, dass Iran für eine Stabilisierung Afghanistans gebraucht wird. Das hat Teheran veranlasst, im Oktober erstmals an einem Treffen der Afghanistan-Beauftragten teilzunehmen. Die iranische Presse stellte die Aussage des US-Beauftragten Richard Holbrooke heraus, dass 'Iran eine Rolle in Afghanistan' habe.

Für die bevorstehenden Gespräche mit Iran bietet der Vorschlag, iranisches Uran ins Ausland zu liefern, um im Gegenzug Brennstäbe für den Forschungsreaktor zu erhalten, weiterhin den besten Einstieg in einen Prozess, der im weiteren auch an das eigentliche Problem gelangen muss: die iranische Atomanreicherung und die Gefahr eines möglichen Missbrauchs für militärische Zwecke. Die sechs Mächte haben ein Interesse daran, den iranischen Vorrat an angereichertem Uran zu reduzieren - und damit das Risiko, dass dieses für militärische Zwecke nutzbar gemacht wird. Iran hat ein Interesse an der Brennstoffversorgung für den Forschungsreaktor, aber auch an der impliziten Anerkennung, Atomenergie zu nutzen. Eine Weiterverarbeitung iranischen Urans im Ausland brächte diese Anerkennung mit sich. Ein Abkommen muss die Interessen beider Seiten ansprechen. Es wäre deshalb unsinnig, die Hürden zu erhöhen und etwa zu fordern, dass Iran nun, da ein Jahr vergangen und mehr Uran angereichert worden sei, auch mehr davon liefern müsse, um die gleiche Menge an Brennstäben zu erhalten wie vor einem Jahr vereinbart. Eine solche Forderung dürfte Irans Bereitschaft, ein Abkommen zu schließen, auf null bringen. Hingegen müssen die Sechs darauf bestehen, dass Iran mit einem solchen Abkommen die Höheranreicherung auf 20 Prozent einstellt, mit der bereits begonnen wurde. Dazu gibt es keinen (zivilen) Grund, wenn eben die benötigten Brennstäbe für den Forschungsreaktor in Russland hergestellt werden.

Ein Abkommen auf dieser Grundlage böte einen Einstieg in eine Multilateralisierung des Brennstoffkreislaufs - einer Zusammenarbeit mehrerer Staaten, die den Verdacht wie die objektive Gefahr, dass die Urananreicherung letztlich militärischen Zwecken dienen könnte, verringert. Selbst wenn die bevorstehenden Gespräche allein den Rahmen dafür abgäben, eine Annäherung zwischen Teheran und Washington auf den Weg zu bringen, hätten sie sich schon gelohnt.

Volker Perthes ist Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.